



1
2
3 **Beschlussbuch**
4 **Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden**
5 **21. April 2012**

6 **Herbert-Wehner-Saal, Könneritzstraße 5, 01067 Dresden**

7
8
9
10 **Inhaltsverzeichnis:**

13	1)	A1	Teilhabe von MigrantInnen bei den Jusos Dresden	2
14			stärken	
15	2)	A2	Wohnen in Asylbewerberheimen	3
16	3)	A3	Wohnverhältnisse von Asylbewerberinnen und	5
17			Asylbewerbern	
18	4)	A4	Ehrenamtsdatenbank Dresden	7
19	5)	A5	Rauchfrei warten - Nichtraucherchutz im	8
20			DVB-Wartehäuschen	
21	6)	A8	Gleichberechtigung von Schülerinnen und Schülern von	9
22			Schulen in Freier Trägerschaft	
23	7)	A9	Immer breiter, immer schneller? Für eine sächsische	10
24			Straßenbaupolitik mit Augenmaß	
25	8)	A10	Wir wollen doch nur tanzen	12
26	9)	A11	Runder Tisch zum Schulnetzplan als ständiges	13
27			Gremium sichern!	
28	10)	A12	Ausfallstatistiken sind kein Sudoku – Stundenausfall	14
29			richtig dokumentieren	
30	11)	A13	Piratenpartei: Klarmachen zum Entern	15
31	12)	A14	Die Grenzen bleiben offen! Für Schengen, ohne Wenn	17
32			und Aber!	

33
34
35 Hinweis: Als beschlossen gelten nur die jeweiligen Antragstexte, nicht die
36 dazugehörigen Begründungen.



1 **A1**

2 AntragsstellerIn: Juso-Unterbezirksvorstand, AK Integration

3

4 **Titel: Teilhabe von MigrantInnen bei den Jusos Dresden stärken**

5

6 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen:

7

8 In den zukünftigen Unterbezirksvorständen der Jusos Dresden sollte mindestens ein
9 gewähltes Vorstandsmitglied mit Migrationsgeschichte sitzen. Im Wege einer
10 freiwilligen Selbstverpflichtung verpflichten sich die Jusos Dresden, aber
11 insbesondere der Juso-Unterbezirksvorstand, auf Genossinnen und Genossen mit
12 Migrationshintergrund zuzugehen, sie gezielt anzusprechen, aber auch vermehrt den
13 Kontakt mit migrantisch geprägten Organisationen zu suchen. Der Fokus sollte auf
14 der gezielten Werbung von Migrantinnen und Migranten für die Jusos Dresden
15 liegen. Die Jusos Dresden wollen MigrantInnen besser darüber aufklären, dass es
16 auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft möglich ist, Mitglied bei den Jusos und der
17 SPD zu werden.

18

19 Sollte dieses freiwillige Ziel nicht erreicht werden, so ist der Juso-
20 Unterbezirksvorstand der Unterbezirkskonferenz über die Gründe
21 rechenschaftspflichtig.

22

23 **Begründung:**

24

25 Beschluss der Unterbezirkskonferenz vom 29. Oktober 2011:

26

27 *„9a. Antrag für eine MigrantInnenquote im Vorstand des UB's Jusos
28 Dresden/Satzungs- bzw. Richtlinienänderung*

29

30 *„Die Jusos Dresden sprechen sich für die Einführung einer MigrantInnenquote für
31 Ihren Vorstand aus und verpflichten sich – sobald die Leitlinien von Bundesebene
32 vorliegen – ihre Statuten entsprechend zu ändern.“*

33

34 *Mit deutlicher Mehrheit angenommen (s. h. Protokoll UBK 29.10.2011)*

35

36 Nach der sinngemäßen Wiedergabe der Aussage des Juso-Bundesgeschäftsführers
37 Jan Böning hinsichtlich der Einführung einer MigrantInnenquote, besteht folgender
38 Umstand: Eine Satzungsänderung bezüglich einer MigrantInnenquote ist derzeit
39 nicht möglich. Denn ohne eine Richtlinie durch die Obergliederung –
40 Sozialdemokratische Partei Deutschlands – ist eine Satzungsänderung im Sinne
41 einer MigrantInnenquote in den Untergliederungen (z. B. Jusos Dresden) nicht
42 möglich. Allerdings ist es jeder Untergliederung der SPD freigestellt, sich freiwillig für
43 eine entsprechende Selbstverpflichtung auszusprechen.

44 Um der Intention des beschlossenen Antrags trotzdem nachzukommen, wollen wir
45 eine freiwillige Selbstverpflichtung einführen.



1 **A2**

2 AntragsstellerIn: AK Wirtschaft und Soziales

3
4 **Titel: Wohnen in Asylbewerberheimen**

5
6 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die
7 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an
8 den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

9
10 Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird beauftragt darauf hinzuwirken und
11 im nachfolgenden Sinne initiativ zu werden, dass, solange die grundsätzliche
12 dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie
13 Geduldeten noch keine geltende Praxis in Sachsen ist, die „Verwaltungsvorschrift des
14 Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Mindestempfehlungen zu Art,
15 Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften und zur sozialen Betreuung“
16 (VwV – Unterbringung und soziale Betreuung) schnellstmöglich und grundlegend
17 reformiert wird.

18
19 Insbesondere folgende Punkte sind zu ändern:

- 20
- 21 • der individuelle Wohnbereich sollte abschließbar und tatsächlich nur
22 individuell zugänglich sein, gemischte Zimmer und Schlafbereiche sollten nur
23 noch die Ausnahme darstellen
 - 24 • der individuelle Wohnbereich muss zukünftig statt bisher 6m² 12m² pro
25 Person betragen, die bisherige kann-Bestimmung sollte in eine zwingende
26 muss-Bestimmung umgewandelt werden (vgl. Punkt I, Ziffer 3, Punkt a,
27 Unterpunkt aa VwV – Unterbringung und soziale Betreuung).
 - 28 • Sanitäre Einrichtungen sollten nicht mehr nur ausreichend, sondern zwingend
29 in notwendigem Maß zur Verfügung gestellt werden, d.h. konkret, dass für ein
30 sanitärer Bereich prinzipiell in den individuellen Wohnbereich integriert sein
31 soll und nicht auf die zukünftigen zur Verfügung stehenden 12m²
32 angerechnet werden, sollte dies nicht möglich sein, dann müssen zukünftig
33 pro 5 Bewohner jeweils eine Dusche, ein Waschbecken sowie eine Toilette
34 zur Verfügung stehen, die sanitären Einrichtungen müssen nach
35 Geschlechtern getrennt und abschließbar sein (vgl. Punkt I, Ziffer 3, Punkt b
36 VwV – Unterbringung und soziale Betreuung)
 - 37 • die soziale Betreuung von in Asylbewerberheimen muss gesichert sein, dabei
38 darf es nicht nur um eine Betreuung der Infrastruktur des Asylbewerberheim
39 gehen, sondern tatsächliche sozialpädagogische Betreuung, die Möglichkeit
40 auf Weiterbildung und Spracherwerb sowie auf Freizeitaktivitäten muss
41 gesichert werden
 - 42 • -es muss zukünftig gewährleistet werden, dass in Asylbewerberheimen eine
43 an die Bewohnerzahlen angepasste Anzahl von Freizeiträumen mit der
44 entsprechenden Ausstattung zur Verfügung steht, auch ein nutzbarer
45 Außenbereich muss zur Verfügung stehen
 - 46 • insgesamt muss darauf hingewirkt werden, dass ein möglichst
47 menschenwürdiges Leben auch in den bisherigen und zukünftigen
48 Asylbewerberheimen möglich ist.
- 49



50 Die sächsischen Jusos und die sächsische Sozialdemokratie bekennen sich zum
51 Grundsatz der dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern
52 und Geduldeten. Die geforderten Reformen sind vor diesem Hintergrund auch nur
53 notwendige positive Veränderung der momentanen Miss und Zustände und dürfen
54 nur ein Etappenziel sein. Wir wollen menschenwürdige Verhältnisse für
55 Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Geduldete schaffen, weswegen die
56 Veränderung der momentanen Zustände in den Asylbewerberheimen sein muss, das
57 Ziel aber weiterhin die dezentrale Unterbringung von allen Asylbewerberinnen,
58 Asylbewerbern und Geduldeten bleibt.

59
60 Die grundsätzlichen Ausführungen des sächsischen Ausländerbeauftragten,
61 zusammengefasst im so genannten „HEIM-TÜV 2011“ sind in die Reformation der
62 Verwaltungsvorschrift einzubeziehen.

63
64 Die Stadtratsfraktionen werden aufgefordert im Sinne dieser Ausführungen auch in
65 den einzelnen Kommunen aktiv zu werden und die Änderungen in ihre eigenen
66 Verwaltungsvorschriften aufzunehmen.

67 Der Freistaat Sachsen muss den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel für
68 die Umsetzung dieser Ziele auf der kommunalen Ebene zur Verfügung stellen.



1 **A3**

2 AntragsstellerIn: AK Wirtschaft und Soziales

3

4 **Titel: Wohnverhältnisse von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern**

5

6 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die
7 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an
8 den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

9

10 Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird beauftragt in nachfolgendem Sinne
11 in tätig zu werden.

12

13 Das Ziel der SPD in Sachsen ist die vollständige dezentrale Unterbringung von
14 Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Geduldeten Personen in Sachsen und
15 Deutschland.

16

17 Wir fordern daher

18

19 1. eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes

20

21 und

22

23 2. eine Änderung im sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz

24

25

26 zu 1.)

27

28 Das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) § 53 Absatz (1) Satz 1 wird geändert in:

29

30 *"Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet*
31 *sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, sollen in der Regel dezentral*
32 *untergebracht werden. Hierbei sind sowohl das öffentliche Interesse als auch*
33 *Belange des Ausländers zu berücksichtigen."*¹

34

35 zu 2.)

36

37 Das sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz (SächsFlüAG) § 3 Absatz (1) wird
38 geändert in:

39

40 *"Unterbringungseinrichtungen sind:*

41

42 *1. Aufnahmeeinrichtungen nach § 44 Abs. 1 in Verbindung mit § 53 Abs. 1 AsylVfG*
43 *sowie § 15a Abs. 3 AufenthG,*

44 *2. in begründeten Ausnahmefällen Gemeinschaftsunterkünfte"*²

¹ bisher: "Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Hierbei sind sowohl das öffentliche Interesse als auch Belange des Ausländers zu berücksichtigen."

² Bisher: "Unterbringungseinrichtungen sind: 1. Aufnahmeeinrichtungen nach § 44 Abs. 1 AsylVfG und § 15a Abs. 3 AufenthG, 2. Gemeinschaftsunterkünfte, 3. sonstige Unterkünfte."



45
46 Die Kommunen müssen die Voraussetzung dafür schaffen, dass dieses Ziel erreicht
47 werden kann. Der Freistaat Sachsen und die Bundesrepublik Deutschland haben die
48 notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung der neuen gesetzlichen Maßgaben
49 zur Verfügung zu stellen. Zukünftig ist jede Kommune verpflichtet spätestens
50 innerhalb von spätestens sechs Monaten nach Aufnahme eines Asylbewerbers bzw.
51 einer Asylbewerberin sowie deren Familie, eigenen Wohnraum möblierte Wohnraum
52 zur Verfügung zu stellen. Um soziale Partizipation zu ermöglichen und Teilhabe zu
53 sichern muss der Wohnraum in den Kommunen über das gesamte Stadtgebiet
54 verteilt sein, es darf weder zur Auslagerung in Randbereiche der Kommunen noch
55 zur so genannten „Gettoisierung“ kommen. Die Kommune hat dafür zu sorgen, dass
56 dieses Ziel erreicht wird.



57 **A4**

58 AntragsstellerIn: Ines Vogel

59

60 **Titel: Ehrenamtsdatenbank Dresden**

61

62 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an den SPD-UB-Parteitag und die
63 SPD-Stadtratsfraktion weiterleiten:

64

65 Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich für die Einrichtung
66 einer internetbasierten Ehrenamts-Datenbank einzusetzen, mit deren Hilfe
67 interessierte Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Zeitbudgets, räumlichen
68 Beschränkungen und inhaltlichen Interessen konkrete Ehrenamtsangebote von
69 Vereinen, Verbänden und Initiativen in Dresden abrufen können.

70

71 **Begründung:**

72

73 Eine über die Homepage der Landeshauptstadt Dresden erreichbare
74 Ehrenamtsdatenbank kann ein konkretes Element zur Förderung des
75 bürgerschaftlichen Engagements in Dresden sein. Mittels einer öffentlich
76 zugänglichen Datenbank kann sich jede Bürgerin/jeder Bürger einen Überblick
77 darüber verschaffen, in welchen Bereichen (Kultur, Sport, Soziales etc.) und welchen
78 Stadtteilen welche Art (Gartenarbeit, Seniorenbegleitung, Bastelnachmittage)
79 ehrenamtlicher Tätigkeit mit welchem zeitlichen Umfang möglich ist.

80 Eine derartige Ehrenamtsdatenbank reagiert auf die gewandelten Voraussetzungen
81 von Ehrenamtlichem Engagement: Viele Menschen können oder möchten sich nicht
82 mehr über langfristige Mitgliedschaften binden, sind jedoch durchaus bereit, in einem
83 für sie überschaubaren zeitlichen Rahmen gesellschaftlich aktiv zu werden. Vielfach
84 fehlt es nur an einem Überblick über Engagementmöglichkeiten vor Ort. Gleichzeitig
85 haben gerade kleinere Initiativen wenig Ressourcen, um über ihren Aktivenkreis
86 hinaus Ehrenamtliche professionell anzusprechen und zu werben. Gerade für sie
87 wäre eine städtische Ehrenamtsdatenbank, in der sie konkrete Mitmach-
88 Möglichkeiten anbieten, ein hilfreicher Service der Landeshauptstadt. Vielfach
89 können aus dieser ersten Kontaktaufnahme auf Dauer gestellte Verbindungen
90 entstehen. Über Angebote in den Städtischen Bibliotheken zur Assistenz beim
91 Gebrauch des Freiwilligenportals könnten auch die nicht-internetaffinen
92 Gesellschaftsgruppen erreicht werden.



1 **A5**

2 AntragsstellerIn: Ines Vogel

3

4 **Titel: Rauchfrei warten - Nichtraucherchutz im DVB-Wartehäuschen**

5

6 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an den SPD-Unterbezirksparteitag
7 bzw. die SPD-Stadtratsfraktion weiterleiten:

8

9 Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich für ein deutlich
10 gekennzeichnetes und aktiv kommuniziertes Rauchverbot in den Wartehäuschen
11 bzw. überdachte Wartebereichen der DVB einzusetzen.

12

13 **Begründung:**

14

15 In den Wartehäuschen und unter den überdachten Plätzen der DVB ist aktuell kein
16 Rauchverbot ausgewiesen. Dies hat zur Folge, dass sich insbesondere gefährdete
17 Personengruppen, wie ältere, chronisch Kranke, Familien mit Kindern, Schwangere
18 und Stillende entweder mit weniger rücksichtsvollen Raucherinnen und Rauchern
19 auseinandersetzen oder ohne Überdachung und im schlimmsten Fall im
20 Regen/Wind/Hagel stehen müssen. Im Sinne des Nichtraucherchutzes und einer
21 generell rücksichtsvollen Kultur im öffentlichen Personennahverkehr erscheint es
22 sinnvoll, einfache Rauchverbots-Symbole an den Haltestellen (neben den
23 Fahrplanaushängen) anzubringen und über geeignete Kommunikationswege
24 (Fahrgastfernsehen, Aushänge, Plakate etc.) für einen rücksichtsvollen Umgang
25 miteinander zu werben.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49



1 **A8**

2 AntragsstellerIn: Andreas Tietze

3

4 **Titel: Gleichberechtigung von Schülerinnen und Schülern von Schulen in**
5 **Freier Trägerschaft**

6

7 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die
8 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an
9 den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

10

11 Schülervereinerinnen und Schülervereiner von Schulen in Freier Trägerschaft
12 müssen sowohl aktives, als auch passives Wahlrecht in den
13 Schülervereinerungsgrößen des Freistaates Sachsen erhalten. Auf die Änderung der
14 Sächsischen Schülermitwirkungsverordnung ist hinzuwirken.

15

16

17 **Begründung**

18

19 Schülerinnen und Schüler von Schulen in Freier Trägerschaft können defacto in
20 kommunalen, als auch im LandesSchülerRat Sachsen keine Mandate oder Ämter
21 übernehmen und sind somit von der Schülervertretung und den damit verbundenen
22 grundsätzlichen Demokratieerfahrungen abgeschnitten.

23

24 Begründung für diese Praxis ist die Untergliederung aller Schülervertretungen unter
25 dem Kultusministerium und die gebundene Finanzierung für Schulen – und somit für
26 Schülervertreter – in staatlicher Trägerschaft. Das jedoch ist kein plausibler Grund
27 warum man in Sachsen diese Zwei-Klassen-Vertretung manifestiert. Der
28 Stadtschülerrat Dresden und der Kreisschülerrat Bautzen haben auf Beschluss Ihrer
29 Vollversammlungen die Vergabe des aktiven und passiven Wahlrechts an
30 Schüler_innen von Schulen in freier Trägerschaft beschlossen, jedoch sind fußen
31 diese Beschlüsse der Sächsischen Schülermitwirkungsverordnung entgegen. Eine
32 Rechtsklarheit und die Gleichstellung aller Schülervertreter_innen im Freistaat ist
33 notwendig und unausweichlich.

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49



1 **A9**

2 AntragsstellerIn: Stefan Engel

3

4 **Titel: Immer breiter, immer schneller? Für eine sächsische Straßenbaupolitik**
5 **mit Augenmaß**

6

7 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die LDK der Jusos Sachsen,
8 mit dem Ziel der Antragstellung auf dem Landesparteitag, weiterleiten:

9

10 Wir sprechen uns für die kritische und ergebnisoffene Prüfung aller
11 Straßenbauprojekte des Freistaats Sachsen aus. Bisher geplante Neu- und
12 Ausbauprojekte sind auf ihre Berechtigung zu überprüfen. Insbesondere sind die den
13 Bauvorhaben zugrundeliegenden Verkehrsprognosen kritisch zu hinterfragen und
14 der zukünftigen demographischen bzw. wirtschaftlichen Situation anzupassen.
15 Überholte Prognosen aus den neunziger Jahren dürfen in Zukunft nicht mehr die
16 Grundlage für finanziell, als auch umweltpolitisch durchaus problematische
17 Bauvorhaben darstellen.

18 Vielmehr muss der Fokus der sächsischen Straßenbaupolitik in Zukunft auf der
19 Erhaltung des Bestandsnetzes liegen. Hier ist in den letzten Jahren ein erheblicher
20 Sanierungsstau entstanden, der eine Umschichtung der Mittel nahezu zwingend
21 nötig macht.

22 Weiterhin muss sich der Freistaat Sachsen auch klar zum Ziel der
23 Verkehrsverlagerung bekennen: Anstatt den Straßenausbau als alleinige Option zur
24 Lösung von Verkehrsproblemen anzusehen, sind auch alternative Maßnahmen
25 zwingend geboten: Dazu gehören insbesondere vermehrte Investitionen in den
26 Öffentlichen Nahverkehr, eine verkehrsvermeidende Raumplanung und der
27 systematische Ausbau des Schienengüterverkehrs.

28

29 **Begründung:**

30

31 Nein, dieser Antrag richtet sich nicht pauschal gegen jeden Straßenbau. Doch er
32 fordert eine klare Prioritätensetzung: Anstatt ständig neue Infrastruktur zu schaffen,
33 sollte der Freistaat Sachsen das bestehende Straßennetz endlich mit ausreichenden
34 finanziellen Mitteln unterhalten. Aber nicht nur aus diesem Grund sollte man
35 Straßenbauvorhaben kritisch unter die Lupe nehmen: Oft bilden überhöhte
36 Prognosen die Grundlage für millionenschwere Bauvorhaben. Ein Beispiel hierfür
37 bietet der Meißner Schottenbergtunnel: Für das Jahr 2015 wurden 15.850 Kfz/Tag
38 vorausgesagt. Tatsächlich fahren im Jahr 2010 gerade einmal 7.083 Kfz/Tag (das
39 sind 45% der Prognose) durch dieses immerhin fast 35 Millionen Euro teure
40 Bauwerk. Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch an mancher neugebauten
41 sächsischen Staatsstraße machen.

42 Oftmals kommt es im ländlichen Raum zu der geradezu absurden Situation, dass
43 eine Bahnstrecke stillgelegt wird, die danebenliegende Landstraße allerdings
44 großzügig mit Ortsumgehungen ausgestattet wird. Die auch im Vergleich zu anderen
45 Bundesländern sehr spärliche Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs trägt
46 ihren Teil dazu bei, denn gerade für potenzielle Güterkunden wichtige
47 Gleisanschlüsse können dann nicht mehr finanziert werden.

48 Zu hinterfragen ist die sächsische Verkehrspolitik auch aufgrund der Tatsache, dass
49 die demographische Entwicklung abseits der großen Städte auch nicht zu mehr



50 Verkehr führen wird. 10 bis 20% Bevölkerungsrückgang bis 2025 und eine
51 zunehmende Überalterung werden die Regel sein. Neue Straßenbauvorhaben
52 müssen dann umso besser begründet sein.

53

54 Quellen:

55

56 [http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=7306&dok_art=Drs&leg_per=5&](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=7306&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=-1)
57 [pos_dok=-1](http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=7306&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=-1)

58

59 <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/>

60

61 <http://foto-music-film.com/strassenbaumoratorium/index.html>

62



1 **A10**

2 AntragsstellerIn: Marc Dietzschkau

3
4 **Titel: Wir wollen doch nur tanzen**

5
6 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die LDK der Jusos Sachsen,
7 mit dem Ziel der Antragstellung auf dem Landesparteitag, weiterleiten:

8
9 Wir fordern die Abschaffung des so genannten Tanzverbotes im Freistaat Sachsen.
10 Dazu ist § 6 des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen
11 (SächsSFG) ersatzlos zu streichen.

12
13 **Begründung:**

14
15 Für Sonn- und Feiertage gibt es besondere Schutzvorschriften, die sich direkt oder
16 indirekt aus Artikel 140 Grundgesetz und damit Artikel 139 der Weimarer
17 Reichsverfassung ergeben. Dieser Schutz beinhaltet zum Beispiel die Sonntagsruhe,
18 die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen und den Schutz religiöser Veranstaltungen
19 an Sonntagen und bestimmten Feiertagen. Diesen Schutz erkennen wir ausdrücklich
20 an. So ist nach § 5 SächsSFG gewährleistet, dass in der Nähe von Kirchen oder
21 anderen Gebäuden, die religiösen Zwecken dienen, alle Handlungen zu unterlassen
22 sind, die geeignet sind, religiöse Veranstaltungen zu stören.

23 Darüber hinaus gibt es aber im Freistaat Sachsen Regelungen, die für den
24 Karfreitag, den Buß- und Betttag und an Gedenk- und Trauertagen (Volkstrauertag
25 und Totensonntag) Veranstaltungen verbieten, die dem ernsten Charakter dieser
26 Tage zuwiderlaufen. Diese Regelungen sind in § 6 SächsSFG festgeschrieben:

27
28 **„§ 6 Besondere Schutzvorschriften**

29 Am Karfreitag, am Buß- und Betttag und an den Gedenk- und Trauertagen
30 nach § 2 sind verboten:

- 31 1. öffentliche Tanzveranstaltungen und andere öffentliche Vergnügungen,
32 die dem ernsten Charakter dieser Tage zuwiderlaufen, am Karfreitag
33 während des ganzen Tages, an den übrigen Tagen von 3.00 Uhr bis
34 24.00 Uhr;
- 35 2. öffentliche Sportveranstaltungen am Karfreitag während des ganzen
36 Tages, an den übrigen Tagen bis 11.00 Uhr“

37 Wir fordern nun, diesen Paragraphen komplett zu streichen und das Tanzverbot
38 abzuschaffen, da es unserer Ansicht nach eine übermäßige Einschränkung
39 persönlicher Freiheiten und Grundrechte mit sich bringt, **OHNE** die Grundrechte
40 anderer auch nur ansatzweise einzuschränken. Durch Tanzveranstaltungen,
41 Sportveranstaltungen oder auch **politische Demonstrationen** wird weder die
42 Religionsausübung eingeschränkt (es bleiben ja die Regelungen nach §5 bestehen)
43 noch wird jemand darin gehindert, sich dem ernsthaften Charakter dieser Tage
44 auszusetzen. Auch der grundgesetzliche Schutz der Sonn- und Feiertage bleibt
45 durch die Streichung von § 6 SächsSFG uneingeschränkt bestehen.

46 Es ist unserer Ansicht nach nicht die Aufgabe des Staates, seinen Bürgerinnen und
47 Bürgern vorzuschreiben, an welchen Tagen sie traurig zu sein haben. Denn wir
48 wollen doch nur tanzen.



1 **A11**

2 AntragsstellerIn: Andreas Tietze

3

4 **Titel: Runder Tisch zum Schulnetzplan als ständiges Gremium sichern!**

5

6 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und in Kooperation
7 mit der Stadtratsfraktion darauf hinwirken:

8

9 Dass der derzeit tagende Runde Tisch zum Schulnetzplan als Gremium weiterhin
10 bestehen bleibt und bei zukünftigen Fortschreibungen des städtischen
11 Schulnetzplans (nächste Fortschreibung: 2014) aktiv wird.

12

13 **Begründung**

14

15 Die Proteste rund um den Schulnetzplan zeigten eins eindeutig: Die Betroffenen (ob
16 Schüler_innen, Lehrer_innen oder Elternvertreter) wurden nicht gefragt. Das führte
17 dazu, dass im ersten Entwurf der aktuellen Schulnetzplandebatte Planungen
18 vorgeschlagen wurden, die sowohl unrealistisch als auch völlig vorbei an den
19 Realitäten vor Ort waren. Die Einflussmöglichkeiten beispielsweise von Schülerinnen
20 und Schüler auf die Schulnetzplanung beschränkt sich auf die wohlwollende
21 Möglichkeit der Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses für Allgemeine
22 Verwaltung ohne Stimmrecht und auf die Abgabe von Stellungnahmen,

23

24 Am Runden Tisch sitzen jeweils zwei Vertreter_innen von Eltern- und
25 Schüler_innenvertretungen, die direkten Einfluss nehmen können. Diese Chance und
26 diese Möglichkeit zum Einfluss auf Gegebenheiten der bildungspolitischen
27 Landschaft in Dresden müssen für alle Beteiligte gegeben sein.

28



1 **A12**

2 AntragsstellerIn: Andreas Tietze

3

4 **Titel: Ausfallstatistiken sind kein Sudoku – Stundenausfall richtig**
5 **dokumentieren**

6

7 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen und an die
8 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

9

10 Das Sächsische Kultusministerium soll verpflichtet werden, die Kriterien für die
11 Erhebung der Stundenausfallstatistik an sächsischen Schulen dahingehend zu
12 ändern, dass die Ausfallzahlen den Realitäten entsprechen. Stundenausfall ist, wenn
13 keine Lehrkraft vor der Klasse den Unterricht hält.

14

15 **Begründung**

16

17 Durch die bereits jetzt fehlenden Lehrer_innen in Sachsen fällt an sächsischen
18 Schulen schon heute Unterricht im großen Maßstab aus. Die Statistiken des
19 Kultusministeriums dagegen weisen nur eine Ausfallquote von 2 Prozent aus. Schaut
20 man sich jedoch die Kriterien an, wonach Unterricht nicht stattgefunden oder
21 vertreten wurde, wird einem sehr schnell klar, dass die Zahlen geschönt sind.

22

23 Beispielsweise gilt es laut Statistik nicht als Stundenausfall, wenn Schülerinnen und
24 Schüler durch die Bearbeitung von Aufgabenstellungen „beschäftigt“ werden. Oder
25 wenn auf dem Vertretungsplan zwar Stundenvertretung vermerkt ist, aber dieser
26 nicht gehalten wurde. Auch gilt die Vertretung beispielsweise im Fach Mathematik
27 durch eine Physikstunde nicht als Ausfall Mathematikstunde. All diese Feinheiten
28 führen dazu, dass Stundenausfallstatistiken nicht der Realität an sächsischen
29 Schulen entsprechen. Um die richtigen Maßnahmen gegen den Stundenausfall
30 ergreifen zu können, bedarf es realistischer Zahlen. Diese fehlen derzeit und werden
31 beispielsweise durch die Eigeninitiative des LandesSchülerRates Sachsen in nicht
32 repräsentativen Umfragen gesammelt.

33 **A13**

34 AntragsstellerIn: Anonymous

35

36 **Titel: Piratenpartei: Klarmachen zum Entern**



37
38 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die LDK der
39 Jusos Sachsen weiterleiten:

40
41 Das Parteienspektrum in Deutschland ist mit den Wahlerfolgen der
42 Piraten vielfältiger geworden. Dies bringt neue Chancen für eine
43 fortschrittliche Netzpolitik mit sich, kann aber auch gefährlich sein,
44 auch und insbesondere für die SPD. Deshalb fordern wir Jusos
45 den Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel auf, entschlossen zu

46 handeln und sich der Aufgabe zu stellen, die Piratenpartei schnellstmöglich einer
47 sinnvollen Zukunft zuzuführen. In einem ersten Schritt sollen zunächst ALLE Inhalte
48 (sofern vorhanden) im Copy&Paste-Verfahren (externe Beratung durch Menschen
49 wie Karl-Theodor zu Guttenberg oder Sylvana Koch-Mehrin ist ausdrücklich
50 erwünscht) in die SPD-Programmatik übernommen werden (Arbeitstitel ATALANTA
51 IV). Diese fortschrittliche Politik sichert der SPD mit einem Kanzlerkandidaten Gabriel
52 die Zweidrittel-Mehrheit zur Bundestagswahl 2013. Noch vor der Bundestagswahl ist
53 in einem zweiten Schritt dafür zu sorgen, dass führende piratistische Rädelsführer in
54 unsere Partei überführt werden. Insbesondere sei hier Sebastian Nerz genannt, dem
55 man den Posten des Innenministers anbieten sollte.

56
57 Natürlich besteht auch trotzdem noch die Möglichkeit, dass die Piraten dennoch in
58 den Bundestag einziehen könnten. Auch für, diesen unwahrscheinlichen, aber
59 dennoch zu befürchtenden Fall, müssen natürlich Vorkehrungen getroffen werden
60 und folgerichtig in einem dritten Schritt durch ein von Innenminister Nerz
61 auszuarbeitendes PiratenSelbstüberleitungs- und AssimilationsGesetz (PisaG)
62 ausgeführt werden.

63
64 Dieses beinhaltet im Wesentlichen die Überführung der Piratinnen und Piraten in
65 einen neuzugründenen Arbeitskreis Nerdinnen und Nerds in der SPD (AK NuN). Eine
66 spätere Anerkennung als AG ist möglich, wenn es die Finanzen der Partei zulassen.
67 Des Weiteren wird die Infrastruktur der Piratenpartei (Wiki) mittels einer
68 einzurichtenden Dropbox in das Willy-Brandt-Haus übergeführt bzw. überspielt. Die
69 dann ehemaligen Mitglieder der Piratenpartei erhalten zunächst für 10 Jahre
70 Rederecht auf Ortsvereinssitzungen. danach kann über weitergehende
71 Mitgliedsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten entschieden werden.

72
73 Als Zugeständnis an die Neumitglieder können einige vom Parteivorstand
74 ausgewählte Ortsvereine, z.B. Dresden Leuben, im Rahmen eines Pilot*innen-
75 Projekts zu Liquid-Feedback-Democratic-Public-Organizations (LiFD-POs)
76 umgewandelt werden. Die Anzahl der Informatiker*innen pro LiFD-PO ist auf 2 (in
77 Worten zwei) begrenzt. Alternativ kann ein Informatiker durch zwei
78 Medieninformatikerinnen ersetzt werden.

79
80 Sich der geordneten Überführung widersetzenden Ex-Pirat*innen werden im Rahmen
81 eines republikweiten Inklusionsprogrammes, ganz im Sinne einer fortschrittlichen



82 Post-Work-Idea, als unbezahlte Piratenfreiwilligendienstler*innen (PiFDis) in
83 Parteistrukturen zum Plakatieren eingesetzt. So hat dann deren Leben auch wieder
84 einen Sinn und wertvolle jungsozialistische Ressourcen werden geschont.

85
86 Damit aber nicht der Eindruck aufkommen kann, dass gute und richtige Ideen der
87 dann ehemaligen Piratenpartei zu kurz kommen, wird angestrebt, dass hinter jedem
88 SPD-Bürgerbüro ein barrierefreier ROFLCOPTER-Landeplatz eingerichtet wird. Das
89 Landegenehmigungspasswort steht in der Cloud.

90
91 Der Parteivorstand wird angeregt, zu prüfen, ob eine freiwillige Selbstverpflichtung
92 der Piraten-Neumitglieder (PNeu), ihre Nahrungsvorräte im Keller des Willy-Brandt-
93 Hauses für mindestens 3 Monate zu speichern, möglich ist. Für verderbliche
94 Nahrungsmittel ist außerdem ein Quickfreeze-Verfahren anzustreben.

95 Die in diesem Antrag beschriebenen Handlungsanweisungen sind, nachdem sie in
96 nichtöffentlicher Sitzung beraten wurden, unverzüglich unter strengster
97 Geheimhaltung dem Parteivorsitzenden, der Generalsekretärin und Dieter
98 Wiefelspütz zuzuleiten und von ihnen entsprechend umzusetzen.

99 Dabei wird die Rolle als Enter-Willigen-Ober-Kommandanten (Ewok) aus diesem
100 Gremium bestimmt.



1 **A14**

2 AntragsstellerIn: Joachim Breternitz

3

4 **Titel: Die Grenzen bleiben offen! Für Schengen, ohne Wenn und Aber!**

5

6 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden möge beschließen, und an die LDK
7 der Jusos Sachsen weiterleiten:

8

9 Wir setzen uns mit allen unseren Kräften dafür ein, dass die Kontrollfreiheit der
10 Grenzen im Schengenraum ohne Einschränkungen bestehen bleibt! Eine
11 Einschränkung der Reisefreiheit wird es mit uns Jusos nicht geben.

12

13 **Begründung:**

14

15 Es ist eine der großen Errungenschaften der europäischen Einigung, dass die
16 Grenzen zu unseren Nachbarn offen und Kontrollfrei sind. Nachdem die Menschen
17 der DDR, unsere Eltern und Großeltern, über 40 Jahre lang Gefangene im eigenen
18 Land waren, ist es gerade für uns ein historisches Ereignis, die Schlagbäume in
19 Europa aufgehen und die Grenzen durchlässig zu sehen.

20

21 Wir lassen uns diese Freiheit nicht mehr nehmen, von niemandem!

22

23 Aktuell (Stand 20.04.2012) haben die Innenminister Frankreichs und Deutschlands,
24 Claude Guéant und Hans-Peter Friedrich, die Möglichkeit der temporären
25 Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraumes gefordert.
26 Dies wäre der erste Schritt zurück in längst überwundene Zeiten von übertriebenem
27 Nationalstaatsdenken und nationalem Protektionismus. Um diese zu verhindern,
28 müssen wir uns laut gegen diese Tendenzen wehren.

29